

Bezugspreis: Vierteljährlich 3.- M., monatlich 1.- M. ...

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Komposition ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Donnerstag, den 31. Juli 1919.

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Der Protest Tirols.

Die Tiroler Landesversammlung, Landesregierung und der Tiroler Landesausschuss haben gegen die Friedensbedingungen ...

Mit bitterster Enttäuschung und tiefer Erregung vernahm das Tiroler Volk die Friedensbedingungen der Pariser Konferenz ...

Der kleinasiatische Schacher.

Frank Wolf, der Stellvertreter Bausings, kommt gerade in dem Augenblick, wo mit einem deutschen Beschlusse der amerikanischen Regierung hinsichtlich der Frage der bulgarischen Grenzen ...

Die heutige Lage ist den französischen Interessen nicht günstig. Nun spricht man von einem amerikanischen Mandat in Armenien ...

Die vorstehende Meldung zeigt so recht das Gebahren der Entente. Keine Rede ist vom Selbstbestimmungsrecht der Völker ...

Wilson für die Ratifizierung des unveränderten Friedensabkommens.

G. A. meldet aus Paris: Es trafen Nachrichten aus New York ein, daß Wilson im Kapital in einer Unterredung mit den demokratischen Senatoren ...

Wom Gavadmeldung aus Brüssel schlägt der Kammerausschuss für Auswärtiges vor, den Friedensvertrag zu ratifizieren.

Die Verhandlungen über das besetzte Gebiet.

Die Entente hat auf die deutscherseits am 11. und 12. Juli in Versailles gestellten Forderungen wegen Ausführung des Abkommens über die militärische Besetzung der rheinischen Gebiete ...

Beginn des Postverkehrs mit England und Belgien. Nach Großbritannien und Irland sowie nach Belgien werden gewöhnliche offene Briefe und Postkarten auf Gefahr des Absenders zur Beförderung angenommen.

Auch Japan „enthüllt“.

Der „Temps“ veröffentlicht eine ihm aus japanischen Kreisen zugegangene Erklärung über die Abmachungen Japans und Chinas in den ersten Monaten des Jahres 1917. Im Februar und März dieses Jahres sei zwischen England, Frankreich, Italien, Rußland und Japan ein Einverständnis erzielt worden ...

Das französisch-englische Friedensangebot wird bestritten.

Rom, 30. Juli. (Havas.) Bezüglich der Veröffentlichung von Dokumenten durch Deutschland wurde dem vatikanischen Korrespondenten der Agentur Havas erklärt, daß der Sachverhalt von Deutschland ungenau dargestellt und falsch interpretiert worden sei ...

Die Schantungfrage.

Holländisch Neuzucker meldet aus New York: Mehrere Blätter bezeichnen die Erklärung des Vertreters der japanischen Gesellschaft über die Schantungfrage als ungenügend. „New York Sun“ vertritt die Ansicht, daß diese Erklärung nicht als amtlich anzusehen sei ...

Was wird in Ungarn?

Wie das „Neue Wiener Tagblatt“ erfährt, wurden gestern die telegraphisch eingegangenen Bedingungen der Entente dem hiesigen ungarischen Gesandten übergeben. Die Räteregierung steht verläufig auf dem Standpunkt, daß von dem System der Diktatur des Proletariats nicht abgewichen werden kann ...

In den Verhandlungen der Wiener Missionen der Entente mit den Vertretern der ungarischen Räteregierung ist eine Pause eingetreten. Die ungarischen Unterhändler haben sich zur Vereinfachung mit den Verhandlungen der Entente nicht auf die Rolle, die der tschechische Ministerpräsident an ihnen gerichtet hat ...

Ueber die Beratungen meldet die „N. N.“ noch: Ueber die Beratungen der ungarischen Sozialdemokraten, Volkskommissar Loshon, Jakob Wolfner und Karl Fehrer mit dem Oberleutnant Cunningham und der Vertreterin der italienischen Mission wird mitgeteilt, daß der Leiter der englischen Militärkommission die Bewilligung übernahm, die Vorläufe der ungarischen Sozialisten an die Ententeregierung weiterzugeben ...

Luzern.

Von Friedrich Stampfer

Morgen tritt in Luzern die internationale Sozialistenkonferenz zusammen, die den ersten internationalen Sozialistenkongress nach dem Kriege vorbereiten soll.

Die Konferenz von Luzern kann an die Vorarbeiten anknüpfen, die von der Berner Konferenz im Februar dieses Jahres geleistet worden sind. Sie hat vor dieser den Vorzug voraus, daß sie einer bedeutend klareren Situation gegenübersteht.

Als die Konferenz von Bern zusammentrat, befanden sich die Zustände Europas noch im Zustande wildester Wärrung, es war noch nicht abzusehen, wie sich der abzuschließende Frieden gestalten noch was das Ergebnis der deutschen Resolution sein würde. Jetzt, ein halbes Jahr später, kann man mit zwei Tatsachen als vorläufig feststehend rechnen ...

Der Frieden von Versailles vollendet den Zusammenbruch aller Hoffnungen, die auf die zweite Internationale gesetzt worden sind. Keinen Augenblick soll an dem guten Willen der ausländischen Sozialisten- und Arbeiterparteien gewweifelt werden, den Frieden zu einem dauernden, auch für die deutsche Arbeiterklasse erträglichem zu gestalten ...

Indes werden die Deutschen in Luzern voraussichtlich wenig Lust haben, große Phantasiefeuerwerke abzubrennen. Sie werden eher geneigt sein, nüchtern die Tatsache festzustellen, daß kein Mitglied der Internationale — auch das vormals stärkste, das deutsche, nicht — physisch, geistig und organisatorisch stark genug gewesen ist, um dem Gang der Welt Dinge eine entscheidende Wendung zu geben ...

Jetzt fordern die Aufgaben der Zukunft unsere ganze Aufmerksamkeit, und zu ihrer Lösung nehmen wir wenigstens die eine Lehre mit, daß wir die Intensität unseres Willens und unserer Empfindungen nicht mit realer Macht verwechseln dürfen. Die Arbeiterklasse aller Länder bedarf nicht nur der theoretischen Einsicht in ihre Klassenlage ...

Aus den bitteren beschämenden Erfahrungen der unmittelbaren Vergangenheit erklärt es sich, wenn heute durch die Arbeiterklasse aller Länder ein Schrein nach politischer Macht geht. Aber der Stärke des Willens entspricht nicht die Klarheit der vorhandenen Anschauungen, und lebhaft leben wir den Streit darüber an, ob die politische Macht auf dem Wege der Demokratie oder auf dem der Diktatur zu erstreben ist.

Die konsequenten Anhänger der Diktatur haben sich von der zweiten Internationale abgewandt und eine dritte in

Moskau begründet. Sie haben von dort scharfe Bannflüche nicht nur gegen die Mehrheitssozialdemokraten, sondern auch gegen die verächtlich hin- und her schwankenden Gestalten der „unabhängigen“ Kompromißpartei erlassen. „Auf dem Kongress in Moskau“, klagt Hilferding in der „Freiheit“, „ist gerade unsere Partei mit großer Schärfe angegriffen, sind ihre Kampfmethoden mit besonderer Unuldamskeit verdammt worden. Ein Anschlag würde für uns vollständige Unterordnung unter die Moskauer Auffassungen bedeuten und hätte für Deutschland selbst unter Aufsicht in die kommunistische Partei zur notwendigen Konsequenz.“

Nun aber läßt derselbe Hilferding in einem weiteren Artikel vermuten, daß die Unabhängigen vor der Luzerner Konferenz einen Patentstreit gegen die deutsche Sozialdemokratie anhängig zu machen gedenken. „Für uns“, schreibt derselbe Hilferding, der sich über bolschewistische Unuldamskeit beschwert, wäre es ganz unmöglich, einer Internationale uns anzuschließen, deren Grundsätze gestatten würden, eine Partei wie die deutschen Rechtssozialisten aufzunehmen.“ Auf solche Weise geraten die Unabhängigen allerdings stark in Gefahr, irgendwo zwischen Luzern und Moskau im Luftraum der Hilferding'schen Theorie hängen zu bleiben.

Praktische Politik kann eine sozialistische Partei treiben, indem sie sich gewalttätig in den Besitz der Macht setzt und durch Terror in ihr erhält, oder dadurch, daß sie im Parteikampf der Demokratie stufenweise zur Macht emporsteigt. Beide Methoden sind, wie ohne weiteres zugegeben werden muß, nicht ohne Schattenseiten, und wir haben die der zweiten in Deutschland schon genügend kennen gelernt. Wer aber wie die Unabhängigen oder wenigstens ihr rechter Flügel, die erste Methode, die der terroristischen Diktatur, grundsätzlich ablehnt, der wird sich mit den notwendigen Schattenseiten der zweiten abfinden müssen, oder er reißt sich selbst in den Rang der Politiker ein, die nicht recht wissen, was sie wollen. Ueber diesen klaren Sachverhalt hilft kein theoretisierender Phrasenschwulst hinweg.

Die sozialistische Internationale, die in Luzern neu aufgerichtet werden soll, würde die in Vorn geleistete Vorarbeit zerstören und sich selber das Grab schaufeln, wenn sie in der Vergangenheit wühlen, Splitterrhetorik treiben und sich zum Schiedsrichter streitender Sekten aufwerfen wollte. Sie soll nicht spalten und scheiden, sondern wieder vereinen, und alle Strömungen der Arbeiterbewegung zusammenschließen, die auf dem Wege über die Demokratie die Wirtschaft sozialisieren, die auswärtige Politik internationalisieren wollen. Hier drängen sich Aufgaben von weltgeschichtlicher Größe und sachliche Probleme von schwer lösbarer Verworrenheit zusammen, die für viele Jahre die geistigen Kräfte der Allerbesten in Anspruch nehmen. Lernen wir aus der Vergangenheit, sehen wir an die Stelle einer Internationale der Resolutionen und Missionen die neue Internationale nächster Selbstkritik und praktischer Arbeit!

Nahrungsmittelforgen auch in Paris.

Aus Paris wird gemeldet: Die Nahrungsmittellage in Paris wurde noch erheblich verschlimmert durch den Streik der Hafenarbeiter in Le Havre. Verschiedene Schiffe, die mit Lebensmitteln beladen sind, wurden nicht gelöscht und sind daher nach Cherbourg oder Rouen abgegangen, obwohl auch diese Häfen bereits überbürdet sind. Sogar mehrere amerikanische Schiffe sind, ohne ihre Ladung gelöscht zu haben, wieder nach New York zurückgekehrt.

Die Hebung der versenkten deutschen Schiffe. Long teilte im englischen Unterhaus mit, daß von den in Scapa Flow versenkten ehemaligen deutschen Kriegsschiffen das Schlachtschiff Baden und die leichten Kreuzer Emden, Frankfurt und Roonberg und fünfzehn Zerstörer geborgen wurden. Die Arbeiten zur Bergung von drei weiteren Zerstörern seien im Fortschreiten.

Ihr seid bei uns.

Brüder und Freunde seid willkommen,
Mütter und Söhne, reicht die Hände,
Ihr seid daheim!
Laßt all die Stunden,
Die zu Jahren, zu Ewigkeiten wuchsen,
Vergangen sein.
Ihr seid bei uns! . . .
Es ist der alte Boden,
Der selbe Boden, den Ihr trachtet,
Als Ihr hinauszogt, als Ihr von uns gingt,
Rut um und um geschworen mit hartem Flug.
Die Scholle birgt das Ueberlebte,
Schonst unermüdet aus dem ewigen Schoß.
Die junge Saat ist ausgeworfen,
Bald kommt das erste neue Grün.
Vodt Eure Hantel, sagt den Spaten
Und grabt und grabt . . .
Und dieses Land,
So reich an tiefen Schätzen,
Mit Blut und Schweiß und Tränen
Tausendfach getränkt,
Wird keine schlechte Ernte tragen,
Arbeiter, Schaffer seid willkommen! —
Elizabeth Selva.

Aufklärungsfilm — Animierfilme.

Die schamlosen Schundfilme, die sich in letzter Zeit unter der Maske der „Aufklärungsfilm“ breit machen, haben sich allmählich zu einem öffentlichen Aergernis herausgebildet und in Berlin schon verschiedentlich den entrüsteten Protest des Publikums hervorgerufen. Wie so oft im Leben, wird hier eine an und für sich gute und segensreiche Einrichtung durch Mißbrauch entwertet. Dies betont ein medizinischer Sachverständiger, Dr. W. Schweisheimer, in einem Aufsatz der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“. Es war eine große und rühmliche Tat, den Film in den Dienst der sozialhygienischen und gesundheitsbeschützenden Aufklärung zu stellen. Auf keine andere Weise kann dem Publikum so anschaulich und eindringlich die Gefahr gewisser Krankheiten und ihr Eingreifen in unser Leben vor Augen geführt werden. Die ersten guten und ernsthaften Aufklärungsfilm hatten denn auch große und heilsame Wirkung.

Wie der Verfasser berichtet, füllten sich zur Zeit der Vorführung dieser Filme die Behandlungshäuser für Geschlechtskrankheiten mit Bewachtern und Aufsehern. Der erste große derartige Film „Es werde Licht“, der unter dem Protektorat der Deutschen Gesellschaft zu Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten kam, war ein

Deutschland und Lettland.

Erregung unter den deutschen Soldaten im Baltikum.

Der Pressebericht der deutschen Gesandtschaft in Riga mit: Der noch in Rurland befindlichen deutschen Soldaten hat sich eine ziemliche Erregung bemächtigt, weil der Ministerpräsident Umanis nicht geneigt scheint, seine in bezug auf die Umsiedlungsfrage den deutschen Verteidigern Lettlands gegebenen Versprechungen zu halten. Obwohl es bisher noch nicht zu Tätlichkeiten gekommen ist, liegt doch die Befürchtung nahe, daß die Soldaten auf ihr kontraktlich erworbenes Recht nicht gutwillig verzichten werden. Am 27. Juli hat in Riga eine Versammlung stattgefunden, in der folgende Resolution einstimmig angenommen wurde:

Die am 27. Juli im Riga'schen Klub versammelten Vertreter von etwa 10 000 zur Einmündung nach Lettland aufgestellten Soldaten auf ihr kontraktlich erworbenes Recht nicht gutwillig vererworbenen Rechte durch die lettlandische Staatsangehörigkeit und damit auf Lebens- und Erwerbsmöglichkeiten in diesem Lande sowie auf das ihnen von den Großgrundbesitzern für die Befreiung Lettlands vom Bolschewismus versprochene Siedlungsland auf das allerenergischste bei der lettlandischen Regierung unterliegen und betreiben zu wollen. Wir haben Lettland mit unserem Blute für eine lettlandische Regierung wiedererobert, ohne und wäre die Erhaltung der lettlandischen Republik niemals möglich gewesen. Wir fordern Treue um Treue und rechnen bestimmt auf eine baldige betriebsfähige Erklärung der lettlandischen Regierung, die der beginnenden gefährlichen Erregung in unseren Reihen ein Ende setzt.

Die deutsche Gesandtschaft hat die Resolution dem Ministerpräsidenten Umanis zur Kenntnisnahme überreicht mit dem Ersuchen, eine Deputation der deutschen Soldaten zu einer Besprechung zu empfangen.

Die lettlandische Regierung hat die Entsendung einer Sondergesandtschaft nach Berlin unter Führung des forschrittslichen Ingenieurs Schreiner beschlossen.

Die Gesandtschaft soll insbesondere die Heimbeihilfe der noch in Deutschland befindlichen Kriegsgefangenen Lettischer Herkunft beschleunigen und übermitteln und versuchen, die deutsche Presse in größerem Umfang über Lettland im Sinne der Regierung Umanis zu unterrichten.

Das Volk wird ausgehungert!

Neue Streiktreiber der Unabhängigen.

Die Unabhängigen und die ihnen in Streikhysterie verbrüdereten Kommunisten haben aus dem Hungerstreik einer hundertpolitischen Schutzhaftgefangener in Berlin neuen Stoff zur Niedertrüfung der deutschen Wirtschaft gefoslen. Deutschland soll in fortgesetzter Unruhe gehalten und systematisch dem Ruin aller Existenzgrundlagen zugeführt werden. Das ist der Wille jener Leute, die vorgeben, sich für das Wohl des Volkes einzusetzen.

Die Einfuhrabgaben betreffen den Berliner Hungerstreik zu einem erneuten Versuch, die rheinisch-westfälische Kohlenproduktion stillzulegen.

Duisburg, 30. Juli. Die Belegschaft der Zeche Diergardt trat morgens in den Ausstand. Der Grund hierfür ist ein Ultimatum der kommunistischen Partei und der Unabhängigen an General Wader und Reichskommissar Sebring, worin sie die sofortige Freilassung der bekanntlich in den Hungerstreik getretenen politischen Gefangenen in Berlin fordern. Dem Ultimatum wurde nicht stattgegeben, worauf der Ausstand erklärt wurde. In den Flugblättern werden die Arbeiter aufgefordert, in den Generalstreik zu treten, bis die Forderungen, sofortige Freilassung der Gefangenen in Berlin, Aufhebung des Belagerungszustandes und Absetzung des Generals Wader, erfüllt sind.

Wir alle wissen, daß die Kohle zurzeit unser einziges Zahlungsmittel für ausländische Lebensmittel und Rohstoffe ist. Stilllegung der Zeche bedeutet also Stilllegung der Lebensmittelzufuhr und gleichzeitig erneute Verminderung von Arbeitsgelegenheit.

Wie ungeheuer lebensfeindlich die tolle Eucht, um jeden Preis und bei jeder Gelegenheit zu streiken, für das Volk wirkt, erkennt man am klarsten aus der fortgesetzten Entwertung unseres Geldes im Auslande. Unser Geld ist in den letzten Tagen so tief, wie nie vorher gesunken. Der Schweizer Franz, der

Musterbeispiel für die Verbindung von Aufklärung mit heilsamster Handlung höchst bezugter Darstellung. In eindringlicher, ernster und bildhaft plastischer Weise gelang es, eine ungeacht und unberücksichtigt große Menschenmenge im Bild und mittels des verbindenden Textes im Wort auf das Vorhandensein der Geschlechtskrankheiten erst aufmerksam zu machen, sie zu zwingen, der gefährlich verschleierte und verdunkelten Gefahr klar und unerbötlichen ins Auge zu sehen, sich Folgen und Konsequenzen klarzumachen und — das wichtigste von allem — den Glauben an Hilfe- und Heilungsmöglichkeit bei rechtzeitiger Behandlung in die verzweifeltsten Herzen zu pflanzen. Auch der zweite Teil dieses Filmwerkes konnte allen Ansprüchen an Volkserziehung genügen. Mit diesen beiden Filmen wurde eine Tat geschaffen, die auf der Rückseite der Filmrolle groß obenan steht.

Die beiden noch folgenden Teile des Kulturfilms „Es werde Licht“, die durch das gute Geschick mit den ersten beiden Teilen veranlaßt wurden, hatten aber schon mit Aufklärung nicht mehr viel zu tun, und es blieb nur der Sensationsfilm übrig. „Zwischen sind aber“, so führt Schweisheimer weiter aus, „die Aufklärungsfilm einen Schritt weiter gegangen und haben ein Gebiet, das in jeglicher Beleuchtung die Möglichkeit zu Sensationen gibt, das jegliche, für ihre Erwerbszwecke in einer Weise zurechtgemessert, die den energischsten Widerspruch mit dem Mißbrauch der Worte „Aufklärung“ und „Sexualhygiene“ heraufbesordert. Unter dem Deckmantel wissenschaftlichen Ernstes und angeblicher Volkserklärung werden alle möglichen sexuellen Probleme und Vorgänge in sensationellster Aufmachung dargestellt. So wurde vor kurzem in allen größeren Lichtspieltheatern ein Film gezeigt, der sich als „sexualhygienischer Aufklärungsfilm“ hochtönend bezeichnen, in Wirklichkeit aber die Prostitution in einer Weise darstellte, daß man mehr von einem „Animierfilm“ als von einem Abwehr- und Aufklärungsfilm reden könnte.“

Durch solche Filme, die ja bereits zu einer wahren Pest der Kinobühnen geworden sind, wird das gerade Gegenteil von dem erreicht, was der gute Aufklärungsfilm erstrebt: „Rom Standpunkt der Sexualhygiene, der Aufklärung des Volkes über seiner Gesundheit drohenden Gefahren können diese Filme nicht anders denn als großer Anstoß bezeichnet werden, selbst wenn angesehenen Sexualforscher, denen offenbar der Sinn für Tatsächlichkeit abhanden gekommen ist, sie mit ihrem Namen deden und auf diese Weise das Vertrauen der Massen in die Berechtigung des ärztlichen Vortrags erschüttern. Den Bestrebungen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wird auf diese Weise kein Gewinn gebracht, sondern es droht ihnen eine neue, ernste Gefahr.“

Der Kampf wider den Geist.

Im zweiten Heft des „Korrespondenzblattes der sozialistischen Studentengruppen „Die Brücke“ wird zur Kennzeichnung der Kultur deutscher Hochschulen mitgeteilt: Der Rektor der Universität

vor dem Kriege mit 80 Pfennigen aufgewogen werden konnte, und der bei Ausbruch der Revolution auf 134 Pf. stand, muß heute von Deutschland mit 293 Pfennigen bezahlt werden, d. h. wenn wir aus dem Auslande Lebensmittel beziehen, die uns früher 80 Pf. gekostet haben, so müssen wir heute 293 M. dafür bezahlen.

Da fordert man Verbilligung der Lebensmittel und sorgt gleichzeitig dafür, daß sie jeden Tag teurer werden. Wenn wir heute dem Auslande für Lebensmittel das vierfache bezahlen müssen, so ist das eine direkte Folge der elenden Straßenthe der Unabhängigen und Kommunisten. Das sind die eigentlichen Lebensmittelverleerer. Sie haben alle Verantwortung zu tragen für die steigende Verelendung des deutschen Volkes.

Sie arbeiten den Lebensmittelfürnehmern direkt in die Hände. Denn die von diesen aufgeschleppten Lebensmittel werden, wenn infolge des Streiks die ausländischen Lebensmittel jeden Tag teurer werden, natürlich dann auch zu erhöhten Preisen abzugeben. Bei dieser Sachlage ist es eigentlich ganz natürlich, daß das Schicksal in den Unabhängigen und Spartalisten seine Bundesgenossen erblickt.

Diesen Volksfeindlingen muß energisch auf den Leib gerückt werden. Der Regierung liegt die Verantwortung für die Existenzfähigkeit des Volkes ob. Sie muß das Volk mit starker Hand gegen alle die tolle Verwilderung und fortgesetzten Verbrechen schützen.

Die „N. Z.“ erfährt: Die feste Haltung der Regierung in Sachen des Hungerstreiks in der Strafanstalt von Wehl in Westfalen hat die gewünschte Wirkung gehabt. Die etwa 40 Schutzhaftlinge, die in einen Hungerstreik eingetreten waren und durch diesen Hungerstreik ihre Entlassung erzwingen wollten, haben, nachdem sie von der Ablehnung des Antrages der Unabhängigen auf sofortige Haftentlassung Kenntnis erhalten hatten, den Hungerstreik aufgegeben. Unabhängig von den Verhandlungen der Nationalversammlung über den Antrag der Unabhängigen findet durch den Reichswehrminister Roske eine Prüfung der Frage statt, ob und inwieweit eine Haftentlassung auf Grund des Ergebnisses der Untersuchung erfolgen kann. Diese Prüfung war schon im Gange, bevor in der Nationalversammlung der Hungerstreik von Wehl auch nur erwähnt worden war, und es ist richtig, daß in einzelnen Fällen Haftentlassungen aus sachlichen Gesichtspunkten erfolgt sind.

Antisemitische Verhöhnung im Heere.

Der Reichswehrminister Roske hat vor einigen Tagen in der Nationalversammlung scharfe Worte über die Befähigkeit der Pogromhege gesprochen. Es wird ihn daher vielleicht interessieren, zu erfahren, daß die antisemitische Propaganda auch schon im Heere Eingang gefunden hat und dort von gewissen Offizieren unter Mißbrauch ihrer dienlichen Befugnisse gepflegt wird.

Aus einer Beschwerde des Kadetten Dr. Kaufeld in Weissen, Westpreußen, an die 35. Infanterie-Division geht hervor, daß ein Herr Hauptmann Henke, Führer der 11. Kompanie Infanterieregiments 61, Weissen, den Mannschaften während des Dienstes seine persönlichen antisemitischen Anschauungen beizubringen gesucht hat, indem er ihnen den Inhalt einer antisemitischen Broschüre vorlas und die Befehle des betreffenden Bundes empfahl. Falls die Mannschaften das Buch zu lesen wünschten, sollten sie sich an ihn wenden. Dem Beschwerdeführer hat Hauptmann Henke in Gegenwart eines weiteren Offiziers diesen Sachverhalt offen zugestanden und hinzugefügt, daß er Antisemit sei und darin bis zum Überdruß gehe. Auf eine weitere Beschwerde des Dr. Kaufeld über die Verbreitung antisemitischer Flugblätter bei der Truppe erwiderte Hauptmann Henke in seiner Eigenschaft als stellvertretender Bataillonsführer, daß er jede Untersuchung dieser Angelegenheit ablehne, dabei bediente er sich eines äußerst verletzenden Tones. — Was geschieht mit solchen Offizieren?

Streik in Belgien. Einer Jodas-Reuter-Nachricht aus Mons zufolge sind in den Kohlenbergwerken des Vorlandes die Kadetten und Zeiger infolge von Lohnstreiks in den Ausstand getreten. Dadurch konnten die Bergarbeiter nicht in die Gruben steigen, 10 000 bis 12 000 Arbeiter feiern.

Greifswald verweigert der neugegründeten Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft die Erlaubnis, ihre Versammlungen am schwarzen Brett anzuhängen, mit der Begründung, politischen Parteien könne der Anschlag am schwarzen Brett nicht gestattet werden. Dazu bemerkt die Greifswalder Gruppe sozialistischer Studenten mit sachgemäßem Dohn: Korporationen treiben anscheinend nach der Auffassung Dr. Magniferns nur Bestürzung.

erner: Die Sozialistische Studentengruppe Jena hat für einen Vortrag über das Thema „Der Krieg als soziales Erlebnis“ um ein Auditorium. Es wurde ihr vom Rektor verweigert mit der Begründung, daß der politische Betätigung in den Räumen der Universität nicht dulden könne. Dieses Vorkommnis, das nach Verdienst am schwarzen Brett genagelt sei, wird ergänzt durch folgende Fragen der Studentengruppe: Wie verhält sich das damit, 1. daß am gleichen Tage die nationalpolitische akademische Vereinigung ein Auditorium für den Vortrag „Trennung von Staat und Kirche“ erhielt; 2. daß in einer öffentlichen Versammlung des Studentenverbandes in der Aula der Universität im Verein des Rektors zur Strengung aller Veranstaltungen der sozialistischen Studenten aufgefordert wird, ohne daß seine Magniferns Einspruch dagegen erhebt; 3. daß in seinem zoologischen Kolleg Prof. Dr. Plate von dem „Verbrechen der Revolution“ spricht? Ist dies alles nach Meinung Seiner Magniferns nicht politische Betätigung.

Das erste Farbbuch.

Die Farbbücher, die offiziellen Veröffentlichungen der Regierungen, haben sich während des Krieges in einer Flut von Wählbüchern, Woubüchern, Selbstbüchern usw. über uns ergossen, und diese Flut läßt noch an. Die Bezeichnung dieser Bücher nach den Farben ist uns so geläufig, daß wir gar nicht mehr fragen, wie es zu dieser offiziellen Benennung kam. Sie ist aber eine Erinnerung an die französische Revolution. Die Nationalversammlung legte am 1. April 1790 der französischen Nationalversammlung eine amtliche Druckschrift vor, die in die Farben der Revolution geteilt war und davon den Namen „Reichsbuch“ erhielt. Dieses erste Farbbuch enthält ein großes Zahlenmaterial über die päpstlichen geheimen Ausgaben, die während der Regierungszeiten Ludwigs XV. und Ludwigs XVI. das Budget belasteten.

Notizen.

— Russl. Im gelben russischen Volkskonzert dirigierte zum letzten Male Camillo Hildebrand. Der Abend gestaltete sich zu einer Kundgebung für den Scheidenden. Auf reichliche Blumenpenden und Hervorrufe antwortete er mit einer kurzen Ansprache: Zweierlei möchte ihm das Schicksal von Berlin besonders schwer: die unübertreffliche Kunstfertigkeit, das pharmarmonische Orchester, und dann das dankbare wohlgerogene Publikum. Es habe ihm sieben Jahre, auch zuletzt in der Zeit der Revolution, Streiks und Unruhen zu ertragen, so daß er fast glaube, er sei — um ein Wort aus v. Bülowens zu gebrauchen — ein Apollonmischer Seiner Majestät des Volkes. Er schloß mit einem herzlichsten Abschiedsgruß von 80 000 M. dienen.

Erlaubte monarchistische, verbotene republikanische Propaganda.

Eine Armees-Dybbe.

Aus republikanischen Offizierskreisen wird uns geschrieben: Das „Militärwochenblatt“, das öffentlich bekennend auf monarchistische in Baden zu stehen, und in dem das Kriegsministerium jetzt wieder eine amtliche Liste (die der Militär pour le mérite) veröffentlicht, teilt in Nummer 12 mit, daß der „Nationalverband deutscher Offiziere“ zu seinem ersten Vorsitzenden den Führer der großen Reichswehrbrigade 20, Generalmajor Graf Waldersee, gewählt hat. Der Herr Graf hat selbstverständlich die Wahl angenommen. Der Reichswehrminister, der zwar nicht anlässlich der Gründung des monarchistischen Nationalverbandes, aber wohl anlässlich der Gründung des republikanischen Führerbandes entdeckt hat, daß Politik in der Armees nicht getrieben werden dürfe, wird sicher mit Interesse davon Kenntnis nehmen, daß ein Reichswehrbrigadegeneral Vorsitzender des reaktionären Offiziersverbandes geworden ist. Im „Vorwärts“ wurde kürzlich festgestellt, daß der Nationalverband deutscher Offiziere von Anfang an im reaktionären, monarchistischen Fahrwasser segelt und auch den anfänglich gemäßigten Offiziersbund immer weiter nach rechts gedrängt hat. Vegetarierweise quitiert der Nationalverband diese Richtung mit den Worten, sie stelle ihm „das schönste Ereignis für seine bisherige Tätigkeit“ aus. Damit erkennt er die Charakterisierung des „Vorwärts“ als vollkommen richtig an, und — ein in der Wehrmacht der Republik hienüber General schaut sich nicht, den Vorstoß dieses absolut antirepublikanischen Gebildes zu übernehmen.

Nun ein Gegenstück: Bei der geheimen Offiziersbesprechung der Reichswehrbrigade 16 wurde den Offizieren der Beitritt zum republikanischen Führerband verboten. Begründung: Es sei ein politischer Verein. Politik ist es nämlich, wenn man sich zur geltenden Staatsordnung bekennend reaktionäre monarchistische Wäberchen, die sich gegen die geltende Staatsordnung richten, sind dagegen gänzlich unpolitisch!

Was ein weiteres: Der Aufführungs- und Propagandadienst der Reichswehr liegt zum Teil in den Händen der gleichen reaktionären Offiziere, welche im alten kaiserlichen Heere den „vaterländischen Unterricht“ unglückseligen Augenblicks handhaben. Die im Auftrage des Reichswehrministeriums für die Truppen bestimmte Zeitung „Reichswehr“ wird von einer Reihe militärischer Kommandostellen den Truppen untergeschlagen und an ihrer Statt reaktionäre Blätter geliefert. Insbesondere beklagen sich die Unteroffiziere und Mannschaften des in Brandenburg a. O. liegenden Schützen-Reg. 50, daß ihnen seit 4 Wochen die „Reichswehr“ nicht mehr geliefert wird und daß stattdessen die alldeutsch-monarchistische „Deutsche Zeitung“ zur Verteilung gelangt!

Industrie und Handel.

Vöric.

Das Geschäft betrugte sich auch heute wieder in den engsten Grenzen, jedoch gestaltete sich die Tendenz etwas fester. Am Montanmarkt konzentrierte sich das Geschäft auf Wollenswaren, die zu etwa 3 Proz. höherem Kurse dem Markte entnommen wurden. Schiffbauaktien konnten ihren letzten Kursstand nicht voll behaupten. Von Rohwerten waren Ledische Anilin stärker geworden. Die Ausdehnung am Nahrungsmittel- und Elektromarkt war wenig einseitig. Ausländische Werte waren meist fester. Oesterreichische Kreditaktien gaben etwa 4 Proz. noch. Heimische Anleihen behauptet; Kriessanleihen 5 1/2 Proz.

Groß-Berlin

Rückgang der Schleichhandelspreise.

Eine Korrespondenz schreibt: Dank der außerordentlich starken Beförderung des letzten Gebiets und der Ausfuhr von dort durch Zwischenhändler, sind in den letzten Tagen die Preise für Lebensmittel und Genussmittel wiederum fast zurückgegangen. Allerdings versucht der Schleichhandel in Mittel- und Norddeutschland noch immer die Preise künstlich hochzuhalten, doch empfiehlt es sich angesichts der Verkaufspreise im Westen Deutschlands, beim Einkauf Vorsicht walten zu lassen. Die amerikanische Milchpulverfabrik, die in Berlin noch vor wenigen Tagen mit 18 M. pro Pfund angeboten wurde und jetzt mit 17 M. angeboten wird, kostet in Duisburg, dem Zentrum des Handels für Schokolade und Kakao, 11 M. pro Pfund. Kakao kostet 12—13 M., je nach Qualität. Neues amerikanisches Schmalz ist im letzten Gebiet ohne Marken und in jeder beliebigen Menge zum Preise von 6 M. bis 6 50 M. pro Pfund zu haben. Amerikanischer Speck kostet 1,75 bis 2 M. pro Pfund. Diese Preise haben auf die Berliner Preise bereits nachdrücklich gewirkt, denn seit zwei bis drei Tagen wird Inlandspeck von Kaufleuten und in Marktschulen zum Preise von 10 M. angeboten. Das neuerliche Anziehen der Butterpreise in Berlin ist durchaus unbedeutend, da aus Dänemark gegenwärtig auf dem Wege des Landhandels große Quantitäten guter Butter hereinkommen. Eine schwebende Gesellschaft, die in Deutschland Maschinen, namentlich Kraftwagen, verkauft, beliebt das Auktionsgebiet mit Butter, die zum Preise von durchschnittlich 12 M. abgesetzt wird. Infolgedessen sind die Preise in Plessenburg und Pommern für Butter zwar zurückgegangen, doch verlangen die Bauern unter der Hand immer noch 15 bis 16 M. pro Pfund. Echte billiger ist dagegen oft und westpreussische Butter geworden, die an Ort und Stelle meist mit 10 M. gehandelt wird. Neue Kartoffeln haben einen gewaltigen Preisrückgang auf dem Lande erfahren. Von 40 M. sind beispielsweise die Preise auf 15 M. heruntersunken. In der Mark Brandenburg werden dagegen von den Bauern noch immer Preise von 40 bis 50 M. pro Rentner verlangt. Die Preise für Rindfleisch haben neuerdings wieder angezogen, da die Bauern sich der Abgabe von Vieh lässlich verhalten. Kommissionen zur Begutachtung des Schmalztriebs werden deshalb von Verkäufern begleitet. Dagegen sind die Preise für Schweinefleisch noch weiter zurückgegangen, da der Schweineantrieb im Norden des Reiches ständig zunimmt und die Preispreise stellenweise um 40 Prozent gefallen sind. Die Preise für Eier betragen in Pommern sowie in Mitteldeutschland auf dem letzten Lande 65 bis 85 M. Ein Anziehen der Preise ist jedoch wegen der schwierigen Körnerfuttermittelversorgung in nächster Zeit zu erwarten. Zucker ist gegenwärtig vollkommen vom Markt verschwunden und die Zusichten auf Besserung sind recht gering, da infolge des fahlen neuen Weizens die Ernte keine besonders gute zu werden verspricht. Besondere Beachtung ist bei dem Kauf von Textilwaren aus dem besetzten Gebiet zu beachten, da dort große Mengen minderwertiger gefärbter Artikel als „englische Ware“ zu ungünstig unbedeutenden Preisen in das Hinterland geschmuggelt werden.

Vom Schleichhandel mit Zucker.

Auf dem Flugplatz Adlershof ist ein Zuckerlager beschlagnahmt worden. Der Besizer war bekannt geworden, daß Angestellte des Flugplatzes Zucker arboten. Die sofort eingeleiteten Ermittlungen ergaben, daß eine geheimnisvolle Wagenladung vom

Bahnhof Niederschöneweide direkt auf dem Anschlußgleise nach dem Flugplatz geleitet worden war. Dort fand man denn auch den Wagen mit 200 Zentnern Zucker. Das merkwürdige ist, daß niemand der Eigentümer der Ladung sein wollte; auch die Herkunft des Zuckers ist noch in Dunkel gehüllt. — Auch in Oberschöneweide gelang es, Schleichhändler auf die Spur zu kommen. Ein Spreetahn mit einer großen Ladung Zucker wurde beschlagnahmt.

Nochmals: „Magistratsware — Meier 50 Mark!“

Zu der Mitteilung, die wir mit dieser Heberdarft in Nr. 224 (Vormerkung vom 20. Juli) unter Kennung der Firma H. H. H. (Berlin, Alexanderplatz) brachten, schied uns ein alter Rechtsanwalt eine Zuschrift. Im allgemeinen Interesse bittet er uns, öffentlich bekanntzugeben: „Wenn die Firma H. H. H. die Ware ankauft für 8 1/2 M. für 50 M. verkauft hat, kann jeder Käufer auf Grund des § 139 P.O. den Mehrbetrag zurückverlangen.“ Die fiktiven Angaben der Zuschrift, die sich auf die Frage der Strafbarkeit für diese Heberforderung verantwortlichen Personen beziehen, dürfen nicht die Staatsanwaltschaft interessieren.

Aufruf der 50 M. Reichsbanknoten vom 20. Oktober 1918

Die Reichsbank ruft nunmehr durch öffentliche Bekanntmachung ihre 50 M. Noten mit dem Datum vom 20. Oktober 1918 auf. Die Besitzer werden aufgefordert, diese Noten bis zum 10. September 1919 bei einer Dienststelle der Reichsbank in Zahlung zu geben oder gegen andere gesetzliche Zahlungsmittel umzutauschen. Mit dem 10. September verliert die aufgenufene Note ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel, was zur Folge hat, daß nach diesem Tage niemand mehr verpflichtet ist, die 50 M. Noten vom 20. Oktober 1918 anzunehmen. Es empfiehlt sich deshalb, spätestens alle 50 M. Noten dieser Ausgabe bei einer Reichsbankfiliale, öffentlichen Kasse, Post, Sparkasse oder Geldinstitut in Zahlung zu geben oder umzutauschen. Versäumt man den Termin vom 10. September 1919, so kann man die Noten nur noch bei der Reichsbankhauptstelle in Berlin eintauschen, die eine Einlösung aber auch nur bis zum 10. September 1920 vornimmt. Mit letzterem Zeitpunkt erlischt für die Reichsbank die Einlösungspflicht überhaupt. Um jedem Irrtum vorzubeugen, wird aber ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es sich bei diesem Aufruf lediglich um die Reichsbanknoten zu 50 M. mit dem Datum des 20. Oktober 1918 handelt, die auf der Vorderseite links ein grünes Fierfeld und rechts daneben den Aufdruck in einer quadratischen dunkelbraunen Umrahmung tragen. Ueberhaupt vom Aufruf bleiben sämtliche übrigen Reichsbanknoten Reichsbanknoten und Darlehensbanknoten, also auch die anderen auf 50 M. lautenden Darlehensbanknoten und Reichsbanknoten unter letzteren auch die Ausgabe vom 30. November 1918, deren Aufdruck auf der Vorderseite von einem gewissen Rahmen umgeben ist und deren Rückseite ein freies Mittelteil aufweist. Alle diese Geldarten bleiben gesetzliches Zahlungsmittel müssen also von jedermann auch ferner in Zahlung genommen werden.

Der Postverkehr mit der Besatzungszone.

Aus der französischen Besatzungszone (ausschließlich Elsass-Lothringen und Brabant) nach dem unbesetzten Deutschland sind gewöhnliche, eingeschriebene und Wertpakete, auch dringende und Eilbotenstücke, bis zum Höchstgewicht von 25 Kilogr. ohne und mit Nachnahme bis zum allgemeinen zulässigen Höchstbetrag erlaubt. Die Pakete dürfen keine schriftlichen Mitteilungen enthalten. Für beschlagnahmte Pakete wird kein Ertrag geleistet. Zur Verwendung von Wertpaketen sind nur bestimmte Posten ermächtigt. Im Abreise ist ein fast uneingeschränkter Postverkehr zugelassen. Ferner sind aus dem Brabantgebiet von Kehl nach dem unbesetzten Deutschland Postanweisungen bis zum Höchstbetrage von 100 M. zugelassen.

Für die heimkehrenden Kriegsgesangenen, die Kriegsschädigten sind, hat die Kriegswirtschaftsbehörde der Stadt Berlin eine besondere Abteilung eröffnet. Bureau: Kollonnenmarkt 9—10.

„Arbeiter-Wochenkarten“ der Eisenbahnen sind nur für Arbeiter bestimmt. Doch dabei der Begriff „Arbeiter“ auf Gewerkschaften beschränkt wurde, ist seit langem ein Gegenstand bitterer Klagen unter Kopparbeitern gewesen. Ein Angehöriger der Metallindustrie schreibt uns und Anlaß eines auf die Wochenkarten bezüglichen amtlichen Pakets, das er auf dem Bahnhof Reinickendorf-Borsdorf las, folgendes: „Wir alle sind doch Arbeiter, so Hand- oder Kopparbeiter! Warum nun heute noch diesen Klassenunterschied? Kann dieser alte preussische Kopf nicht bald entfernt werden? Wir Angehörigen, wir Kopparbeiter fragen: „Wo ist die Gleichheit?“

Von zwei falschen Kriminalbeamten wurde in Weihenstephan der Schlichtermeister Otto Behm aus der Viktorienstraße 58 bestohlen. Während seiner Abwesenheit nahmen die „Beamtin“ unter falscher Vorpiegelung eine Durchsuchung der Räume vor und hatten dabei eine Kassetten, die über 30 000 M. bares Geld und Schmuckstücke im Gesamtwert von 18 000 M. enthielt.

Streifenräuber überfielen in Berlin in der vergangenen Nacht einen Fahrradbesitzer aus Schmöckwitz. Vor dem Hause Weihenstephan 21 umringten ihn plötzlich drei Männer und plünderten ihn, bevor er Hilfe rufen konnte, vollständig aus. Sie hatten ihm die Brieftasche mit ungefähr 2500 M. bares Geld, die goldene Uhr mit Kette und ein goldenes Zigarettenetui, Schmuckstücke, die im Preise 8000 M. gekostet haben. Auf die Ereignisse der unerkannt entkommenen Räuber und die Wiederbeschaffung der geraubten Schmuckstücke ist eine Belohnung von 3000 M. ausgesetzt.

Wagung! Volkssänger des Philharmonischen Orchesters! Der Verkauf der Eintrittskarten zu den Volkskonzerten des Philharmonischen Orchesters findet nicht im Zimmer 13 Engelauer 13, sondern im selben Hause im Hagenparkstraße von Horch statt. Die Konzerte finden statt vom 11. bis 20. August. Für die ersten Konzerte sind die Eintrittskarten bereits ausverkauft.

Hilfsvereine der Treibton-Zierwerke. Sonnabend, 2. August, 5 Uhr: „Gethloch Kolombus“. Sonntag, 3. August, 4 Uhr: „In den Ufern des Rheins“; 5 Uhr: „Am Lande der Schwarzer“; 7 Uhr: „Herzogin von der Elbe, in der schottischen Schweiz und im Spreewald“. Dienstag, 5. August, 7 Uhr: „Bewohnbarkeit der Welt“ (Uchbilder). Mit dem großen Fremden werden jetzt gezeigt am Tage Semis, am Abend Systeme und Stenographen im Herten.

Tempelhof, Gemeindevertretung. Die neugewählten Schöffen Jung, Richter und Genossen Ewald und Burgemeister, sowie die neu eintretenden Gemeindevorordneten Genossen Braun und Dache wurden in ihr Amt eingeführt. Ein Besuch an die Regierung und die Zeitung der 5. Gemeindeabteilung nach den Grundlagen der kollektiven Schulleitung verworfen zu lassen, ist abgelehnt worden. Auf Antrag des Genossen Ewald wird die Sache an das Ministerium weitergegeben. Nach langer Debatte wird Ausführung der Sanitätsdienstleistungen in eigener Regie der Gemeinde beschlossen. Auch die Stellungnahme zum Gegenstand über die Bildung eines Stadtkreises. Groß-Berlin bringt eine längere Aussprache. Schließlich wird ein Antrag angenommen: „Die Gemeindevertretung stimmt im Prinzip der Bildung eines Stadtkreises Groß-Berlin zu. Dem Bericht soll das Protokoll der Kommission zugrunde liegen.“

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Bis 2. August Anmeldung zum Bezug von 10 Substanten auf Abkamm K. — Die Dienststunden der Brotkommissionen sind vom 1. August bis 30. September wochentags 8—3 Uhr. Der Sonntagabend von 9—10 Uhr bleibt bestehen.
Pantem. 20 Gramm Getreide (50) für 20 M. Bei Abgabe von mehr als 500 Gramm ist der Preis von 45 M. zugrunde zu legen.

Wittnen. 1.—2. August 125 Gramm Reis (45), 250 Gramm Nudeln (46), 500 Gramm Karmelade (47), 1 Ei (48).

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie, Abteilung NO. 5. August, Abteilungsversammlung der Partei, Dönhofsstr. 23. Die Versammlung vom 31. Juli ist auf den 5. August verlegt. — Arbeiter-Redaktionsrat „Solidarität“, Ortsgruppe Berlin, Abt. I und II. Sonntag, 3. August, gemeinsame Tagung, Schöneberg, Straße Sabona-Schöneberg. Start früh 8 Uhr. Reduktion 1 Uhr: Diskussions (Wahlbeiräte). Sämtliche Statuten an den bekannten Stellen. — Reichsbund der Sozialisten pp., Ortsgruppe Berlin. Große öffentliche Massenversammlung der Sozialisten und Revolutionäre Sonnabend, 2. August, 6 Uhr, Aula Kaiserstr. 109, Ecke Teichstraße, und Sonntag, 3. August, vorm. 1/2 11 Uhr, Aula Dönhofsstr. 23: Bericht des Hauptvorstandes Franz Just a. R. über die Konferenz im Reichsarbeitsministerium am 31. 7. 1918.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Kriegsärzte des Siechemundierischer Ausschusses der Volk- und Telegraphenverwaltung, die auf dem Boden der S. V. D. stehen werden dringend gebeten, zu einer am Freitag, den 1. August, abends 8 Uhr, stattfindenden wichtigen Besprechung im Parteibureau, Dönhofsstr. 7, zu erscheinen.

Wahlverein der S. V. D., Bezirk Tempelhof. Sonntag, den 17. August, vorm. 10 Uhr, Beschäftigung des Botanischen Gartens in Zahlen unter leuchtender Führung. Mitglieder und Freunde der Partei, die sich daran beteiligen wollen, können bis 2. August bei den Bezirksführern und bei den Genossen Zeune, Dönhofsstr. 23, und Zwickel, Friedrich-Wilhelmstr. 29, melden. Teilnehmergebühren pro Person 50 Pf., Kinder können an der Beschäftigung nicht teilnehmen.

Gewerkschaftsbewegung

Schiedspruch wegen des Verkehrsstreiks.

350 Mark Wirtschaftsbeihilfe.

Bei dem verflochtenen Streik der Berliner Straßenbahn- und Hochbahnangestellten handelte es sich bekanntlich darum, daß die Angestellten den vor dem Streik abgegebenen Schiedspruch des tariflichen Hauptausschusses nicht anerkannten und die Zusammenfassung dieser Körperschaft als nicht den Tarifbestimmungen entsprechend bezeichneten. Während der Hauptausschuss damals in der Lohnfrage eine endgültige Entscheidung getroffen hatte, ließ er die Forderung einer einmaligen Wirtschaftsbeihilfe von 700 M. unerledigt und verteilte den Standpunkt, über diese Forderung solle erst nach sechs Wochen unter Berücksichtigung der dann geltenden Lebensmittelpreise entschieden werden.

Nach dem Streik hat sich der Hauptausschuss in anderer Zusammenfassung mit der Angelegenheit beschäftigt und gestern nach langen Verhandlungen folgenden Schiedspruch gefällt:

1. Der Hauptausschuss ist der Ansicht, daß die Zusammenfassung des Schlichtungsausschusses und des Hauptausschusses, die am 24. Juni d. J. ihren Spruch gefällt haben, den tariflichen Vereinbarungen nicht entspricht. Er vertritt aber den Standpunkt, daß es auf das Verhalten der Arbeitnehmer zurückzuführen ist, wenn die Zusammenfassung bei der gebotenen Eile, so wie geschehen, erfolgt ist. In Rücksicht hierauf und auch deswegen, weil während der Tagung der Ausschüsse Einspruch gegen ihre Zusammenfassung nicht erhoben worden ist, hält der Hauptausschuss den am 24. Juni gefällten Spruch für gültig und ist daher nicht in der Lage, die dort erörterten Fragen, soweit eine endgültige Entscheidung getroffen ist, erneut zum Gegenstand der Entscheidung zu machen. Es bleibt somit allein der heutigen Entscheidung die Frage unterworfen, ob und in welchem Umfang eine Wirtschaftsbeihilfe zu gewähren ist.
2. Der Hauptausschuss ist ferner der Ansicht, daß er zurzeit lediglich darüber entscheiden kann, ob und in welchem Umfang dem Hauptpersonal eine Wirtschaftsbeihilfe zu gewähren ist, und zwar um deswegen, weil sowohl der Schlichtungsausschuss wie der Hauptausschuss am 24. Juni d. J. sich lediglich mit diesen Personalgruppen beschäftigt hat. Der Hauptausschuss spricht aber, entsprechend der von sämtlichen anwesenden Arbeitgebervertretern im heutigen Termin abgegebenen Erklärung, die Erwartung aus, daß die Wirtschaftsbeihilfe auch dem technischen Personal in gleicher Höhe bewilligt wird, wie er erwartet, daß auch das technische Personal nach den Erklärungen der Arbeitgebervertreter den Spruch als für dasselbe endgültig und bindend anerkennen wird.
3. Was die Bewilligung einer Wirtschaftsbeihilfe selbst anbetrifft, so hat der Hauptausschuss unter Abwägung aller in Frage kommenden Verhältnisse die Überzeugung gewonnen, daß der Spruch auf eine solche dem Grunde nach gerechtfertigt ist. Ueber die Höhe der Wirtschaftsbeihilfe gingen die Ansichten des Hauptausschusses und des Schlichtungsausschusses auseinander.

Zur Erteilung eines einstimmigen Spruches ist es jedoch schließlich möglich gewesen, Einkünfte dahin zu erzielen, daß die Höhe der einmaligen Wirtschaftsbeihilfe auf 350 M. festgesetzt wird. Der auf Grund des Verzeichnisses vom 12. Juli d. J. geschaltete Vorschlag ist daher nicht zurückzuführen, vielmehr ein weiterer Betrag von 50 M. nachzusahlen.

4. Die durch Spruch des Hauptausschusses vom 24. Juni d. J. und vom heutigen Tage getroffene Regelung soll bis zum Ablauf des Tarifvertrages gelten.

5. Bezüglich der Hochbahnangestellten hat der Hauptausschuss die Überzeugung gewonnen, daß die im Juni d. J. geschaltete Beihilfe nur unter der Voraussetzung gegeben worden ist, daß sie auf etwa später zu gewöhnliche Beihilfen angerechnet ist. Soweit also die Hochbahnangestellten bereits Beihilfen erhalten haben, die den Betrag von 350 M. erreichen, sind weitere Beträge nicht zu zahlen, dagegen soll ihnen das Mehrerhaltene bleiben.

Die Abstimmung im Siemensstreik.

Das zahlenmäßige Abstimmungsergebnis ist: 11 132 Streikende stimmten für Wiederaufnahme der Arbeit, 144 stimmten für Fortsetzung des Streiks, 197 Stimmen waren unglültig.

Seitdem ist die Arbeit in allen Betrieben des Siemenskonzerns wieder aufgenommen worden.

Für gleiches Recht und praktische Gewerkschaftsarbeit.

Am Mittwoch tagte wieder in Germania, der bis auf den letzten Platz besetzt war, eine Versammlung der auf dem Boden der S. V. D. stehenden Mitglieder des Metallarbeiterverbandes. Die am Schluß der vorigen Versammlung verbriefte Diskussion wurde fortgesetzt. Als Redner, die zum Wort kamen, rechneten gründlich ab mit den Leuten, die die Herrschaft im Verbande an sich gerissen haben und sie mit terroristischen Mitteln gegenüber Andersdenkenden ausüben.

Kamzbrod, der erste Redner beleuchtete in längerer Ausführungen das Treiben der Unzufriedenen. Sie haben jetzt die Wehren im Verband. Wer verfügen zwar nicht über die Quantität aber über die Qualität (Lebhafter Weisheit). Auf unserer Seite stehen die Kollegen, die viele Jahre für die Interessen der Organisation gearbeitet und Opfer für sie gebracht haben. Aber wer steht hinter denen, die jetzt den Verband beherrschen? Leute, die man bis vor kurzem noch nicht in der Organisation gesehen hat. Ein großer Teil der Delegierten zur Generoversammlung der Berliner Verwaltung sind noch nicht ein Jahr organisiert. Witzeln Jahre hat Kollege Cohen an der Spitze unserer Organi-

